



Die Stadtverordnetenversammlung

Tagesordnung I Punkt 18 der öffentlichen Sitzung am 2. Juli 2020

Antrags-Nr. 20-F-20-0012

Sicherheit im Kulturpark nur gemeinsam mit allen Beteiligten möglich -Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 10.06.2020-

Im Kulturpark gibt es deshalb seit Jahren bereits ein hoch gelobtes, von keiner Partei in Frage gestelltes und erfolgreiches Sicherheitskonzept, das die Besucher*innen „sensibilisieren, begleiten und beschützen“ soll und dabei „die Identifikation mit dem Ort gestärkt wird“.

Hier können Straftaten verhindert werden bevor sie entstehen. Dieses Konzept hat in hohem Maße dazu beigetragen, dass der Kulturpark ein Ort ist, an dem sich Familien mit Kindern, Jugendliche, Sport- und Kulturbegiertere gleichermaßen wohlfühlen.

Vor einigen Wochen wurden nun im Bereich der Zuwegung des Kulturparks Überwachungskameras installiert. Dies geschah ohne die Einbeziehung der Sicherheitsrunden, die sich dort seit Jahren gemeinsam und erfolgreich um die Sicherheit des Parks bemühen.

Dieser nicht nachvollziehbare Schritt hat unnötig Vertrauen zwischen den Anliegern und Nutzerinnen und Nutzern sowie der Stadt beschädigt.

Die Kameras suggerieren nun aber, dass es sich bei dem Areal um einen Bereich handeln würde, in dem es besonders gefährlich sei. Darüber hinaus können Kameras keine Straftaten verhindern, sondern im besten Fall nur zu deren Aufklärung beitragen und ggf. eine abschreckende Wirkung haben.

Betrachtet man die Zahlen der Anlage am Bahnhof, wurden beide Aufgaben nicht erfüllt. Weder ist die Zahl der Straftaten zurückgegangen, noch konnte eine nennenswerte Anzahl von ihnen aufgeklärt werden.

Der Ausschuss wolle beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird daher gebeten:

1. Darzulegen, ob es sich bei der Kameraüberwachung im Bereich Zuwegung Kulturpark um eine Ertüchtigung im Rahmen der Maßnahme am Hbf handelt oder ob es sich um neue Standorte handelt, da es hierzu widersprüchliche Aussagen seitens des Magistrats gibt.
2. umgehend mit allen Beteiligten im Rahmen der Sicherheitsrunden das Gespräch zu suchen, um gemeinsam:
 - a) die Sicherheitslage im Kulturpark zu bewerten;
 - b) sowie, falls diese Runde Handlungsbedarf sieht, geeignete Maßnahmen zu erarbeiten wie die Sicherheitslage ggf. verbessert werden könnte.
3. dem Haupt- und Finanzausschuss in seiner nächsten Sitzung einen ersten Zwischenbericht über die gemeinsame Sitzung der Sicherheitsrunde sowie ggf. bereits entwickelte Maßnahmen vorzustellen.

4. bis zu diesem Bericht die 360 Grad Kamera am Beach-Volleyballfeld, die Kamera am Sportamt sowie den kompletten Kamerabaum neben der Kreativfabrik abzuschalten.

Änderungsantrag der LINKE&PIRATEN Rathausfraktion Wiesbaden vom 01.07.2020 zu Top 9.1 der Tagesordnung II in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 2. Juli 2020
(20-F-20-0012 Sicherheit im Kulturpark nur gemeinsam mit allen Beteiligten möglich
- Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 24.06.2020 -)

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Beschluss wird wie folgt **ergänzt**:

Der Magistrat wird daher gebeten:

4. bis zu diesem Bericht die 360-Grad-Kamera am Beach-Volleyballfeld, die Kamera am Sportamt sowie den kompletten Kamerabaum neben der Kreativfabrik abzuschalten.

Beschluss Nr. 0208

1. Der Antrag ist zu Ziffer 1 erledigt.
2. Die Ziffern 2 und 3 werden angenommen.
3. Ziffer 4 wird in der (mündlich geänderten) Fassung des Änderungsantrags von L&P vom 01.07.2020 wie folgt angenommen:

„Der Magistrat wird gebeten, mit dem Land Verhandlungen zu führen, bis zu diesem Bericht die 360-Grad-Kamera am Beach-Volleyballfeld, die Kamera am Sportamt sowie den kompletten Kamerabaum neben der Kreativfabrik abzuschalten.“

(antragsgemäß Haupt- und Finanzausschuss 24.06.2020 BP 0209, Ziffer 4 geändert auf Grundlage des Antrags der L&P-Fraktion vom 01.07.2020)

Dem Magistrat
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Wiesbaden, .07.2020

Gabriel
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat
-16 -

Wiesbaden, .07.2020

Dezernat II
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Mende
Oberbürgermeister